

Parlament will dem Wolf an den Kragen

Bern Nach dem Nein zum revidierten Jagdgesetz will das Parlament den Schutz vor dem Wolf verbessern.

Das Parlament will nach dem Nein des Stimmvolks zum revidierten Jagdgesetz keine neue Vorlage lancieren. Es fordert jedoch Massnahmen per Verordnung, damit Wölfe in Schranken gehalten und Herden geschützt werden können. Gestern hiess der Nationalrat eine entsprechende Motion seiner Umweltkommission (Urek-N) mit 136 zu 36 Stimmen und bei 17 Enthaltungen gut. Der Ständerat hatte am Dienstag eine identische Motion seiner Urek-S gutgeheissen.

Die Motionen waren unter dem Titel «geregelter Koexistenz zwischen Menschen, Grossraubtieren und Nutztieren» eingereicht worden. Mit den Vorstössen werden Anpassungen verlangt, damit Wölfe, die Nutztiere gerissen haben, rascher geschossen werden dürfen. Der Bundesrat soll im Rahmen des geltenden Rechts Massnahmen zum Schutz von Nutztieren treffen. Wölfe sollen Menschen unter keinen Umständen gefährden.

Namens der Mehrheit erinnerte Christine Bulliard (CVP/FR) an die beiden Wölfe, die Anfang März in Obersaxen im Skigebiet gesichtet worden waren.

Lösung bis im Sommer

Das Nein zum Jagdgesetz gelte es zu respektieren, sagte Umweltministerin Simonetta Sommaruga in der zeitweise emotionalen Debatte. Es sei aber keine Lösung, nichts zu machen – gerade in den Berggebieten. Bis im Sommer soll eine Lösung im Rahmen des bestehenden Gesetzes zustande kommen.

Das Jagdgesetz wurde im vergangenen September an der Urne abgelehnt. Bei einem Ja hätten Wölfe präventiv geschossen werden dürfen, also auch dann, wenn sie noch gar keinen Schaden angerichtet haben. Die Gegnerinnen und Gegner sprachen von «Abschüssen auf Vorrat».

Mit den neuen Regeln zum Umgang mit dem Wolf wollten Bundesrat und eine Mehrheit im Parlament das Jagdgesetz von 1986 der Aktualität anpassen. Damals gab es keine Wölfe mehr in der Schweiz. Die Urek-S geht davon aus, dass mittlerweile rund 100 Wölfe in der Schweiz leben. *sda*